

# beziehungsw<sup>weise</sup>

NOVEMBER 2012

INFORMATIONSDIENST DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTS FÜR FAMILIENFORSCHUNG [WWW.OIF.AC.AT](http://WWW.OIF.AC.AT)

## INHALT

- 1 THEMA** Kinderrechte: Empowerment durch Forschung
- 5 SERIE** Wussten Sie, dass ...?
- 6 STUDIE** Partnerschaft im Fokus. Ergebnisse aus drei Projektarbeiten

- 8 SERVICE** bücher:  
Was vom Manne übrigblieb  
Migration und Trauma  
Zukunft. Werte. Europa

THEMA

## Kinderrechte: Empowerment durch Forschung

Partizipatorische Forschung im Kontext der Kinderrechtskonvention

VON WINFRIED MOSER

Was ist partizipatorische Forschung? Partizipatorische Forschung ist ein Forschungsansatz, der Ende der 1960er-Jahre im Kontext der Entwicklungsforschung über südamerikanische Landarbeiter entstanden ist. Unter dem ursprünglichen Paradigma – ForscherInnen einer "entwickelten Welt" leisten "Entwicklungshilfe" für eine "dritte Welt" – sind viele Projekte gescheitert, weil sie mit den Lebensrealitäten zu wenig zu tun hatten. Um die Anwendbarkeit der Forschungsergebnisse zu verbessern, begann man, die Betroffenen verstärkt miteinzubinden. Partizipatorische Forschung wollte und will – mit den Worten des brasilianischen Pädagogen Paulo Freire – dabei helfen, die "Kultur des Schweigens" zu durchbrechen, indem sie marginalisierten Bevölkerungsgruppen ohne Lobby und öffentliche Präsenz Gehör verschafft (Buchner und Postek 2011).

Die Parallelen zur partizipatorischen Kindheits- und Jugendforschung sind unverkennbar: Indem marginalisierte Gruppen dabei unterstützt werden, ihre Meinung kundzutun, wird die Forschung *über* zu einer Forschung *mit* Kindern und Jugendlichen. Diese Art der Forschung beruht auf vier Grundsäulen (Bergold und Thomas 2010):

- Sie kritisiert das gegenwärtige Wissenschaftsmodell, in dem WissenschaftlerInnen die alleinige Expertenrolle einnehmen und betont die Expertise der Kinder und Jugendlichen für ihre eigene Lebenswelt (epistemologische Ebene, Reflexion der Machtverhältnisse),
- sie nimmt ernst, dass Kinder und Jugendliche ihre Lebenswelt selber strukturieren (lebensweltliche Ebene),
- sie fördert Empowerment durch Forschung (humanistische Ebene) und
- sie zeigt Kindern und Jugendlichen, wie man auf Strukturen seiner Umwelt Einfluss nehmen kann und ermächtigt sie, sich die Welt anzueignen (politische Ebene).



Ich habe Rechte, du hast Rechte, er, sie, es hat Rechte ...

Partizipatorische Forschung bedeutet, den TeilnehmerInnen – ein Stück weit – das Lenkrad im Forschungsprozess zu übergeben; wie weit, das ist vor Projektbeginn zu klären (Clark 2004): Gestalten sie den Prozess von Anfang an mit? Suchen sie

das Thema aus? Gestalten sie die Erhebung mit? Wählen sie aus, wer befragt wird? Werten sie die Interviews aus? Oder sind sie in den ganzen Prozess miteingebunden? Ein ganz wichtiger Punkt ist die Ausbildung der beteiligten Kinder und Jugendlichen, denn es bringt nichts, Kindern alleine das Lenkrad in die Hand zu geben, wenn sie nicht wissen, wie sie fahren sollen.

#### **Welche Richtung soll partizipatorische Forschung einschlagen?**

Leider hält sich das Engagement des Gesetzgebers, Forschung über die Umsetzung von Kinderrechten zu finanzieren, bisher in engen Grenzen. Ungeachtet dessen soll hier dennoch die Frage gestellt werden, in welche Richtung partizipatorische, an den Kinderrechten orientierte Forschung gehen könnte.

Zuerst ist es wichtig, dass Forschung im Kontext der Kinderrechtskonvention nach Schwachstellen in der Umsetzung sucht, auf Missstände hinweist und fragt, was vom Gesetzgeber oder im Angebotsportfolio von Dienstleistungsorganisationen für Kinder übersehen wird. Die Forschung müsste jedoch tiefer gehen und sich grundlegend mit dem Prozess der Neupositionierung von Kindern in der Gesellschaft auseinandersetzen: Durch die Kinderrechtskonvention und das entsprechende Verfassungsgesetz ist der Staat verpflichtet, die Meinung eines Kindes in allen Angelegenheiten, die es betreffen, angemessen zu berücksichtigen (CRC 1993: Artikel 12, BVG Kinderrechte 2011: Artikel 4). Damit wird die Position von Kindern gestärkt, gleichzeitig tut sich aber ein Spannungsfeld zwischen den Wünschen des Kindes, der Eltern und der Allgemeinheit auf, in dem nach der richtigen Entscheidung im Sinne des Kindeswohls gesucht werden muss.

Die Frage, wie dieses Spannungsfeld sich in der Praxis ausgestaltet – wie damit umgegangen wird – zählt zu den Grundfragen partizipatorischer Forschung im Kontext der Kinderrechtskonvention. Es ist aber nicht nur die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an Forschungsprozessen nötig, sondern auch Forschung über Teilhabe. Wir müssen mehr darüber lernen, wie Kinder in Entscheidungen, die sie betreffen, involviert werden können und welche Faktoren ihre Mitwirkung fördern oder erschweren (vgl. Thomas 2002), ganz besonders dann, wenn staatliche oder nichtstaatliche Institutionen in solche Entscheidungen involviert sind – nicht zuletzt, weil das BVG vorschreibt, dass Kinderrechte nur auf Basis eines Bescheides angewandt werden können und damit für sein Wirksamwerden (bzw. die Einklagbarkeit) auf alle Fälle ein staatlicher Akteur involviert sein muss.

#### **Kooperation zur Qualitätsverbesserung**

Ein erster Schritt sollte sein, dass in Zusammenarbeit mit Institutionen, die für Kinder und Jugendliche tätig sind, eine Forschungsagenda entwickelt wird, in der man sich mit der Frage befasst, wie die Qualität von Schulen, Kindergärten, Heimen und anderen Kinderinstitutionen sowie kommunalen kindlichen Lebensräumen unter Einbeziehung von Kindern definiert und überprüft werden kann (outcomeorientierte Qualitätssicherung). Weil Partizipationsprozesse ganz unterschiedlich ausgehen können, ist es zudem wichtig, dass sich der Qualitätsbegriff nicht nur am Ergebnis orientiert, sondern auch am Prozess. Ein Beispiel: Die Zahl von Kinderspielplätzen in einer Stadt mag eine (von vielen) Dimensionen der Familienfreundlichkeit einer Gemeinde sein, sie misst aber in keinerlei Hinsicht das Ausmaß

### **kinderrechtsorganisationen national und international**

- Österreich: BMWFJ: [www.kinderrechte.gv.at](http://www.kinderrechte.gv.at)  
Netzwerk Kinderrechte (NC): [www.kinderhabenrechte.at](http://www.kinderhabenrechte.at)
- Deutschland: [www.kindergerechtes-deutschland.de/zur-initiative/kinderrechte/](http://www.kindergerechtes-deutschland.de/zur-initiative/kinderrechte/)
- Schweiz: [www.netzwerk-kinderrechte.ch](http://www.netzwerk-kinderrechte.ch)
- UNO, committee on the rights of the child (CRC): [www2.ohchr.org](http://www2.ohchr.org)
- UNICEF: [www.unicef.org](http://www.unicef.org)
- Europarat: [www.coe.int/children](http://www.coe.int/children)
- EU: Europäisches Forum für die Rechte der Kinder: <http://ec.europa.eu/justice/civil/family-matters/children>
- Euronet, das europäische Kindernetzwerk, Kinderrechte im Menschenrechtsrat: [www.crin.org/euronet](http://www.crin.org/euronet)

der Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Dafür braucht es Forschung, die sich mit den Prozessen der Partizipation auseinandersetzt.

Es sollten Indikatoren entwickelt (und eingesetzt) werden, mit denen die Prozess- und Ergebnisqualität von Kinder- und Jugendpartizipation präziser beschrieben werden kann. Eine faktengestützte Kinderrechtspolitik ist nur auf dieser Basis möglich. Man muss dabei nicht von Null beginnen. In einer Studie der EU-Grundrechteagentur wurden detaillierte Indikatoren für eine Evaluation der EU-Kinderrechtspolitik vorgeschlagen, auf die auch in der aktuellen EU-Kinderrechteagenda Bezug genommen wird (EU-Kinderrechteindikatoren 2009, EU-Kinderrechteagenda 2011).

Ein weiterer Aspekt von partizipativer Forschung, der nicht vergessen werden darf, ist die Frage der Verbreitung und Öffentlichkeitsarbeit. Gerade bei dieser Art von Untersuchungen ist es besonders wichtig, dass auch für die Erwachsenen klar wird, dass Partizipation von Kindern und Jugendlichen Vorteile mit sich bringt, weil sie das Zusammenleben verbessert und neue Aspekte in Überlegungen eingebracht werden. Dazu müssen Ergebnisse von Forschungs- und Evaluationsprozessen aber so aufbereitet werden, dass sie auch von Nicht-WissenschaftlerInnen verstanden werden.

### Aber: Was ist überhaupt Partizipation?

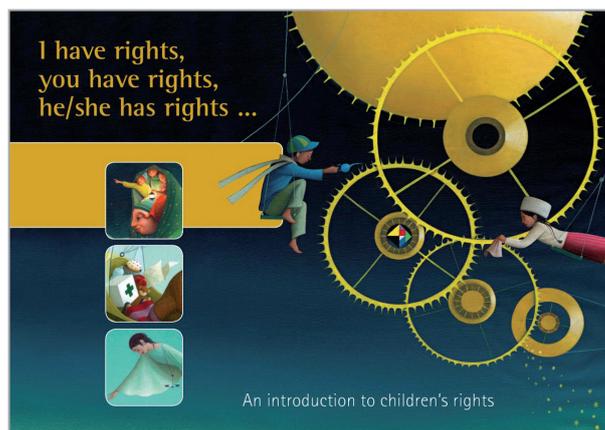
Allerdings greifen diese Überlegungen schon sehr weit vor, denn es sollte auch die Frage gestellt werden, ob wir überhaupt von *einer* Sache sprechen, wenn von Partizipation die Rede ist. Unter Partizipation wird vieles verstanden. Oft wird Partizipation synonym mit dem Begriff Selbstbestimmung verwendet, aber ist denn *Mit-Bestimmung* (bei der es um einen Ausgleich von Interessen geht) nicht das Gegenteil von *Selbst-Bestimmung* (für die man eben keinen anderen mehr braucht)? Häufig wird der Begriff auch synonym zum Konzept der *Repräsentanz* gebraucht. Dabei weisen auch diese beiden Begriffe sehr unterschiedliche Bedeutungsdimensionen auf: Partizipation steht für eine persönliche Teilhabe – die durch Repräsentanz eigentlich ausgeschlossen wird.

Durch die große Unschärfe wird der Begriff Partizipation politisch instrumentalisierbar. Zu allem Überduss ist Teilhabe in Zeiten des Web 2.0 scheinbar sogar noch leichter geworden: Die Facebook-Gruppe für den guten Zweck ist nur einen Klick entfernt. Unter dem Label Partizipation herrscht ein Überfluss an Phrasen und ein Mangel an sinnvollen Aktivitäten. So erwecken zum Beispiel viele der Projekte, die in

einer Publikation zum Thema e-Partizipation in Österreich aus dem Jahr 2007 beschrieben werden, den Eindruck, viel mit Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnisierung, Aktionismus, Freizeitbeschäftigung, Fortbildung, aber nur wenig mit Jugendpartizipation im politischen Sinne zu tun zu haben. Aus der Tatsache, dass die Hälfte der dort veröffentlichten URLs schon drei Jahre später nicht mehr funktioniert, Politikmüdigkeit und einen Mangel an Engagement abzuleiten, wäre hingegen verfehlt. Vielmehr zeigt sich ein berechtigter Unwille zur Zeitverschwendung.

Freilich muss dem hinzugefügt werden, dass ernste gemeinte Partizipation – wie auch partizipatorische Forschung – häufig an der Ressourcenfrage scheitert. Wirkliche Partizipation von Kindern und Jugendlichen bedarf nämlich vieler Voraussetzungen: Sie braucht einen konkreten Anlass, ein Bedürfnis nach Veränderung, es müssen Informationen vorliegen oder aufbereitet werden, es muss Interesse bestehen, es braucht eine Phase der Meinungsbildung und eine anstehende Entscheidung, der eine Aktion folgen sollte. Die beteiligten Erwachsenen müssen genau wissen, worum es geht, das Thema gut konkretisieren, komplexe Entscheidungsprozesse in klaren Strukturen und Verfahren bearbeitbar machen, Partizipationsmethoden einsetzen, dialog- und konfliktfähig sein, die eigene Position deutlich machen können und sich darüber bewusst sein, dass der Beginn von Partizipation immer in ihrer Verantwortung liegt und damit der Reflexion des Machtgefälles zu den Kindern bedarf (vgl. Maier-Rabler 2007: 23; Hansen 2009: 48). Diese lange Liste von Voraussetzungen erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und ließe sich sicherlich noch erweitern. Trotzdem soll sie nicht den Mut zur Umsetzung nehmen. Wohl aber wird für einen schärfer umgrenzten Begriff plädiert, der einen engen Konnex zur kindlichen Lebenswelt aufweist und nicht allem, woran Kinder und Jugendliche beteiligt sind, inflationär übergestülpt werden kann.

Die Weite des Begriffs Partizipation im Zusammenhang mit Kindern und Jugendlichen tut der Sache hingegen nicht gut, denn zu lernen, was Partizipation ist und wie Partizipation funktioniert,



Jeder hat Rechte. Darüber hinaus haben Burschen und Mädchen unter 18 Jahren besondere Rechte. Eine Liste dieser Rechte sowie die Schritte, die Regierungen für die Ausübung dieser Rechte ergreifen müssen, sind in der UN-Konvention über die Rechte des Kindes aus dem Jahr 1989 festgelegt. [www.coe.int/children](http://www.coe.int/children)



Das Institut für Kinderrechte & Elternbildung ist eine außeruniversitäre, sozialwissenschaftliche Forschungseinrichtung, welche als Schnittstelle zwischen Gesellschaft und Politik die Kinderrechte sowie die Kinder- und Jugendperspektive ins Zentrum ihrer theoretischen und empirischen Arbeit stellt.

[www.kinderrechteinstitut.at](http://www.kinderrechteinstitut.at)

ist tatsächlich demokratiepolitisch wichtig, sehr wünschenswert und am besten im Kontext der eigenen Lebenswelt zu erfahren. Nur so können Kinder – mit zunehmenden Freiheitsgraden – mitreden, mit-entscheiden und mit-handeln. Anstatt also unter dem Label Jugendpartizipation pseudopolitische Aktivitäten zu unterstützen, sollte der Staat mit einer zielgerichteteren Förderpolitik und transparenten Kriterien Partizipationsprojekte fördern, die in der Lebenswelt der teilnehmenden Kinder und Jugendlichen stattfinden.

Ein Blick in die Kinderrechtskonvention unterstützt diese Sicht, denn in Artikel 12 ist sehr präzise beschrieben, was unter Partizipation zu verstehen ist: Dass ein Kind angehört werden muss, wenn es um seine Belange geht und dass die Meinung eines Kindes bei allen Entscheidungen, die das Kind betreffen, berücksichtigt werden soll (CRC 1993: 368). Eine letztgültige Definition kann freilich nicht geliefert werden, weder hier noch sonstwo, denn das Wichtigste ist, dass in einem ständigen Diskurs ein gemeinsames Verständnis davon entwickelt wird, was Partizipation denn wirklich ist. Das schafft die Voraussetzung, dass sie in den politikverdrossenen Alltag getragen werden kann. ■

#### Literatur

- Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend, Abteilung Jugendpolitik, Sektion II, Abteilung 5 (Hg.) (2008): Jugendbeteiligung und digitale Medien. e-Partizipation in der Jugendarbeit. Projektideen, Praxisbeschreibungen, Fördermöglichkeiten, Links, Literatur. Wien: Eigenverlag.
- Hansen, Rüdiger; Knauer, Raingard; Sturzenhecker, Benedikt (2009): Die Kinderstube der Demokratie. Partizipation von Kindern in Kindertageseinrichtungen. In: Theorie und Praxis der Sozialpädagogik, 2, S. 46-50.
- CRC (1993): Übereinkommen über die Rechte des Kindes samt Vorbehalten und Erklärungen. Anmerkungen am Dokument: NR: GP XVIII RV 413 AB 536, S. 74. BR: AB 4303, S. 556. Veröffentlicht im Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich am 8. Jänner. Herausgegeben vom ICT&S Center der Universität Salzburg.

Maier-Rabler, Ursula; Hartwig, Christiana (2007): e-Partizipation – „Jugend aktiv“. Das aktive IKT-Nutzerverhalten von Salzburger Jugendlichen mit besonderer Berücksichtigung von (politisch) partizipativen Formen von Internet und mobiler technischer Kommunikation. ICT&S Center der Universität Salzburg.

Buchner, Tobias; Postek, Natalia (2011): Gemeinsam mit und für Kinder forschen. Perspektiven im Kontext der Kinderrechtskonvention. Vortrag im Rahmen der Veranstaltung „Jetzt erst recht für's Kinderrecht“ des österreichischen Instituts für Kinderrechte, der österreichischen Kinderfreunde und des Netzwerks Kinderrechte am 4. April in der Urania in Wien.

Bergold, Jarg; Thomas, Stefan (2010): Partizipative Forschung. In: Günter Mey, Katja Mruck (Hg.): Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft, S. 333-344.

Clark, Jill (2004): Participatory research with children and young people: philosophy, possibilities and perils. Unpublished.

Bundesverfassungsgesetz über die Rechte von Kindern (2011): Anmerkung am Dokument: NR: GP XXIV IA 935/A AB 1051, S. 93. BR: AB 8443, S. 793. Veröffentlicht im Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich am 15. Februar.

Thomas, Nigel (2002): Children, Family and the State. Decision-Making and Child Participation. Bristol: The Policy Press.

Sax, Helmut; Stalford, Helen et al. (2009): Developing indicators for the protection, respect and promotion of the rights of the child in the European Union. Summary Report. European Union Agency for Fundamental Rights.

Familie und Beruf Management GmbH (2006): Audit familienfreundliche Gemeinde. Richtlinie 2006.

Europäische Kommission (Hg.) (2011): Eine EU-Agenda für die Rechte des Kindes. Anmerkungen am Dokument: 406022/EU XXIV.GP; KOM(2011) 60 endgültig; veröffentlicht am 16. Februar 2011.

Aichele, Valentin (2008): Die UN-Behindertenrechtskonvention und ihr Fakultativprotokoll. Ein Beitrag zur Ratifikationsdebatte. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2010): UN-Behindertenrechtskonvention. Wien: Erster Staatenbericht Österreichs.

Kussbach, Barbara (2010): Bericht zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Österreich anlässlich des 1. Staatenberichtsverfahrens vor dem UN-Ausschuss über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (ÖAR). Wien: Dachorganisation der Behindertenverbände Österreichs.

### der autor

Mag. Winfried Moser ist wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Kinderrechte. Er ist Soziologe mit langjähriger Berufspraxis im Bereich der empirischen Sozialforschung. Nach der Gründung des Sozialforschungsinstituts Scan in Graz und einer mehrjährigen Tätigkeit für die Statistik Austria, bei der er maßgeblich an der Neugestaltung des Mikrozensus mitgewirkt hat, übernahm er 2007 die wissenschaftliche Leitung des Instituts für Kinderrechte und Elternbildung. Winfried Moser arbeitet seither im Bereich der Kindheitsforschung, berät Institutionen bei der Durchführung von sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekten, hält Vorträge und schreibt Artikel zu unterschiedlichen kinder- und jugendspezifischen Themenkreisen und ist als Lektor für multivariate Methoden (Schwerpunkt Korrespondenzanalyse) an der Universität Wien tätig.

**Kontakt:** [winfried.moser@kinderrechteinstitut.at](mailto:winfried.moser@kinderrechteinstitut.at)

# Wussten Sie, dass ...

## ... es KEINEN Trend zum Einzelkind gibt?

VON CHRISTINE GESERICK

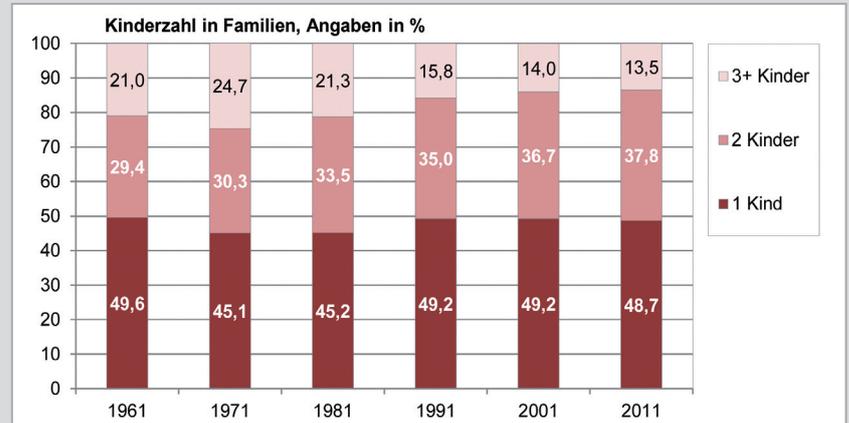
Wenn man der medial-öffentlichen Debatte zur stetig fallenden Geburtenrate folgt und immer wieder von schrumpfender Familiengröße, weniger Geburten pro Frau und sinkenden Geschwisterzahlen hört, dann mag die Schlussfolgerung naheliegen, dass es immer mehr Einzelkinder gibt. Ein Zitat aus der Evangelischen Zeitung Deutschlands ist beispielhaft für diese Wahrnehmung: „Gerät die Geschwisterlichkeit in einer Gesellschaft, in der immer mehr Kinder als Einzelkinder aufwachsen, zunehmend ins Abseits?“, war dort zu lesen (Ausgabe 2/2011). Aber ist dem wirklich so? Gibt es heute mehr Einzelkinder als früher?

Nein. Sowohl der deutsche Mikrozensus (Statistisches Bundesamt 2011: „Wie leben Kinder in Deutschland?“) als auch der österreichische zeigen das Gegenteil. Werfen wir einen Blick in die österreichischen Haushalte mit Kindern:<sup>1</sup> Hier pendelt der Anteil der Haushalte mit Kindern ohne Geschwister entlang der letzten 50 Jahre immer um die 50%, d.h. etwa jeder zweite Haushalt mit Kindern hat (aktuell) genau ein Kind. Im Jahr 1961 lag der Anteil bei 49,6% und 2011 bei 48,7%. Hingegen zeigt die gleiche Abbildung zwei andere bedeutungsvolle Trends: Erstens gibt es heute viel mehr Haushalte mit genau zwei Kindern (Sprung von 29,4% auf 37,8%) und zweitens gibt es viel weniger Haushalte mit drei und mehr Kindern (gefallen von 21% auf 13,5%). Diese beiden Trends erklären, warum letztlich die durchschnittliche Kinderzahl in Familien gesunken ist: Es gibt heute deutlich mehr Zwei- als Mehrkindfamilien. Aber: der Anteil der Einzelkinder bleibt gleich.

Dabei ist das so genannte „Zwei-Kind-Ideal“ sowohl auf der Einstellungsebene (wie viele Kinder man haben möchte) als auch auf der Realisierungsebene (wie viele Kinder man hat) äußerst dominant, das zeigen verschiedene Studien zum Thema Kinderwunsch und Fertilität. Diese Dominanz des Zwei-Kind-Ideals heißt im Umkehrschluss, dass Einzelkind-Familien nur selten als solche geplant sind. Vielmehr entstehen sie, weil mitunter der Wunsch nach einem zweiten Kind nicht realisiert werden kann, z.B. weil sich das Paar trennt. So haben denn auch Ein-Eltern-Familien besonders oft genau ein Kind, nämlich 70% der alleinerziehenden Mütter

<sup>1</sup> Hier geht es um Kinder unter 27 Jahren, die von den Eltern erhalten werden, d.h. die bei den Eltern leben und entweder Lehrlinge oder nicht erwerbstätig sind.

Abbildung: Verteilung der Kinderzahl in Familien mit Kindern entlang der letzten 50 Jahre



Daten: Statistik Austria (2003): Familienstrukturen in Österreich. In: Statistische Nachrichten, Jg. 58, H. 9, S. 668; Statistik Austria (2012): Haushalts- und Familienstatistik 2011, S. 71, 75; sowie eigene Berechnungen ÖIF

und 77% der alleinerziehenden Väter. Sie sind die Familienform, in der am häufigsten Einzelkinder leben. Unter Eltern-Paaren (Ehe oder Lebensgemeinschaft) haben hingegen „nur“ 45% genau ein Kind (Statistik Austria 2012: 71; ohne Grafik). Ebenso können biologische Gründe eine Rolle für „ungeplante Einzelkinder“ spielen, wenn man z.B. berücksichtigt, dass das Alter der Erstmutterschaft stetig steigt und manchen Frauen (besonders den beruflich höher qualifizierten) schlichtweg zu wenig Zeit verbleibt, die eigentlich gewünschte Kinderzahl zu realisieren.

Gerade weil es einen Unterschied zwischen „kurzfristigen“ und „langfristigen“ Einzelkindern gibt – auch jedes Erstgeborene ist für eine gewisse Zeit erst einmal Einzelkind – ist die begriffliche Unterscheidung in Ein-Kind-Familien und Einzelkind-Familien hilfreich. „Wahre“ Einzelkind-Familien können erst im Längsschnitt eruiert werden, d.h. in Retrospektivbefragungen von älteren Personen, die keine Geschwister mehr erwarten können. Querschnittsdaten, wie hier verwendet, liefern (geringfügig) höhere Anteile von Einzelkindern, eben weil sie genaugenommen nur aktuelle Ein-Kind-Familien messen. Am statistischen Trend jedoch ändert das nichts: Querschnittsdaten wie Längsschnittdaten weisen in die gleiche Richtung: Der Anteil der Personen, die in Österreich als Einzelkind aufwachsen oder aufgewachsen sind, hat sich in den letzten 50 Jahren nicht merklich verändert.

Kontakt: christine.geserick@oif.ac.at ■

# Partnerschaft im Fokus

## Ergebnisse aus drei Projektarbeiten

VON S. EDER, I. EID, CH. HAUPTMANN, R. KOHOUT, J. LINS, C. MAYERL, N. PUSTERHOFER, J. SCHLECHTER UND M. WINKLER

Dieser Beitrag stellt Ergebnisse aus drei Projektarbeiten vor, die von Studierenden der Soziologie im Rahmen eines Forschungspraktikums unter der Leitung von Caroline Berghammer und Bernhard Riederer im Sommersemester 2012 an der Universität Wien durchgeführt wurden. Die Berechnungen basieren auf dem österreichischen „Generations and Gender Survey“ 2008/09, dem ausführlichsten und – mit 5.000 Befragten – größten Datensatz, der für Analysen zu Familienthemen in Österreich verfügbar ist.

### Was macht Partnerschaften glücklich?

Der erste Befund ist erfreulich: Die meisten Personen sind sehr zufrieden mit ihrer Partnerschaft. Wenn sie ihre Zufriedenheit auf einer Skala von 0 bis 10 einschätzen sollen, wählen 80% der Befragten die beiden höchsten Stufen 9 und 10. Dieser Anteil bezieht sich auf Personen, die mit ihrem Partner im gemeinsamen Haushalt leben, egal ob verheiratet oder nicht. Aus der Familienforschung ist bekannt, dass die Erwartungen an Partnerschaften heutzutage sehr hoch sind. Welche Faktoren aber führen zur Zufriedenheit mit der Beziehung zum Partner? Diese Frage bearbeiteten zwei der drei Projektteams aus unterschiedlicher Perspektive:

- Einerseits wurde der Fokus auf die Aufteilung von Hausarbeit und Kinderbetreuung sowie auf ehebezogene Einstellungen und andererseits
- auf verschiedene Aspekte von Erwerbstätigkeit gelegt.

### Aufteilung von Hausarbeit und Kinderbetreuung

Die erste Analyse macht deutlich, dass eine Partnerschaft als besonders zufriedenstellend erlebt wird, wenn Hausarbeit und Kinderbetreuung ausgeglichen aufgeteilt werden (Abbildung 1). Sowohl Männer als auch Frauen sind glücklicher in der Beziehung, wenn sich Männer stärker bei der Hausarbeit engagieren. Werden die Kinderbetreuungspflichten partnerschaftlich geteilt, führt dies zu einer größeren Zufriedenheit von Müttern, wirkt sich aber nicht auf Väter aus. Aus theoretischer Sicht können Partnerschaften als Austauschbeziehungen verstanden werden, in denen Ressourcen wie Zuwendung oder Zeit für (un)bezahlte Arbeit ausgetauscht werden. Geschieht dies möglichst ausgewogen, steigt – wie auch die Ergebnisse bestätigen – die Zufriedenheit mit der Beziehung. Von „halbhalbe“ in der Familienarbeit profitieren beide Partner. Wichtiger noch als die tatsächliche Ausgeglichenheit scheint jedoch die subjektive Bewertung zu sein. So kann auch eine faktisch ungleiche Aufteilung als fair und gerecht wahrgenommen werden.

Auch Befragte mit traditionellen Vorstellungen in Bezug auf die Ehe sind mit ihrer Beziehung zufriedener. Dies sind jene, die im Fragebogen die sogenannten „Wertefragen“ so beantworten, dass die Ehe zeitgemäß und eine lebenslange Verbindung ist, die nicht beendet werden sollte.

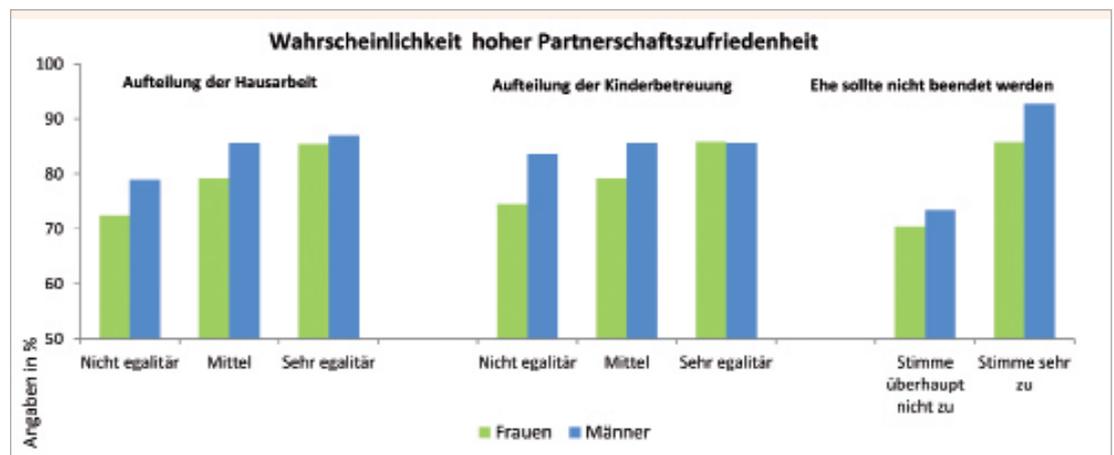


Abbildung 1: Wahrscheinlichkeit, mit der Beziehung zum Partner sehr zufrieden zu sein – nach selbstberichteter Aufteilung von Hausarbeit und Kinderbetreuung sowie der Einstellung „Ehe sollte nicht beendet werden“.

Anmerkung: Die Balken bilden vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten aus einem logistischen Regressionsmodell ab, in dem für Bildung, Familienstand, Erwerbsstatus, Dauer der Beziehung und Zurechtkommen mit dem Haushaltseinkommen kontrolliert wurde.

Diese höhere Verbindlichkeit und Stabilität der Partnerschaft scheint sich positiv auf die Einschätzung derselben auszuwirken.

### Finanzielle Sicherheit entscheidend

Die zweite Analyse fokussiert auf die Rolle von Erwerbstätigkeit für die Partnerschaftszufriedenheit. Beruf und Familie beeinflussen einander wechselseitig: Anforderungen und Ressourcen im Beruf wirken sich auf das Familienleben aus und umgekehrt. Daher überrascht es, dass die meisten Charakteristiken der Erwerbstätigkeit – (un)befristeter Vertrag, flexible Arbeitszeiten, Arbeitsstunden beider Partner – keinen signifikanten Einfluss auf die Beziehungszufriedenheit haben. Nur ein Effekt tritt deutlich hervor: Finanzielle Sicherheit ist für eine glückliche Partnerschaft sehr wichtig, insbesondere für Frauen. Wer angibt, mit dem Einkommen gut zurechtzukommen, ist auch zufriedener mit der Beziehung.

### Wie prägt die Familie unsere Einstellung zur Ehe?

Dass die Herkunftsfamilie uns bis in unser Erwachsenenalter hinein prägt, ist seit langem bekannt. Aber beeinflusst auch die Familienform, in der jemand aufgewachsen ist – Kernfamilie, alleinerziehender Elternteil oder Stieffamilie – die eigenen Einstellungen zur Ehe als Erwachsener? Und wie wichtig ist im Vergleich dazu die tatsächliche spätere Familienform? Diesen Fragen ist das dritte Projektteam nachgegangen.

Wie aus Abbildung 2 ersichtlich ist, hat die Form der Herkunftsfamilie tatsächlich einen signifikanten Einfluss auf die spätere Einstellung, ob die Ehe eine überholte Einrichtung ist oder nicht. Bemerkenswert ist, dass Personen, die in einer Stieffamilie (und damit vielfach in einer Ehe) aufgewachsen sind, die Ehe in ähnlichem Ausmaß als „unzeitgemäß“ beurteilen wie Personen, die ausschließlich mit der Mutter oder dem Vater) lebten. Verglichen mit der aktuellen Familienform ist der Einfluss der Form der Herkunftsfamilie jedoch sehr gering. Neuere Erfahrungen erweisen sich demnach als bedeutsamer als frühere Sozialisationserfahrungen. Verheiratete Personen sehen die Ehe – in Übereinstimmung mit ihrer Lebensform – seltener als überholt an. Allerdings kann anhand der vorliegenden Daten nicht geklärt werden, ob die Befragten bereits vor der Eheschließung eine positive Einstellung aufwiesen oder diese erst aufgrund von Erfahrungen in der Ehe entwickelten. Weitere Analysen haben zudem gezeigt, dass die Form der Herkunftsfamilie die aktuelle Familienform beeinflusst. ■

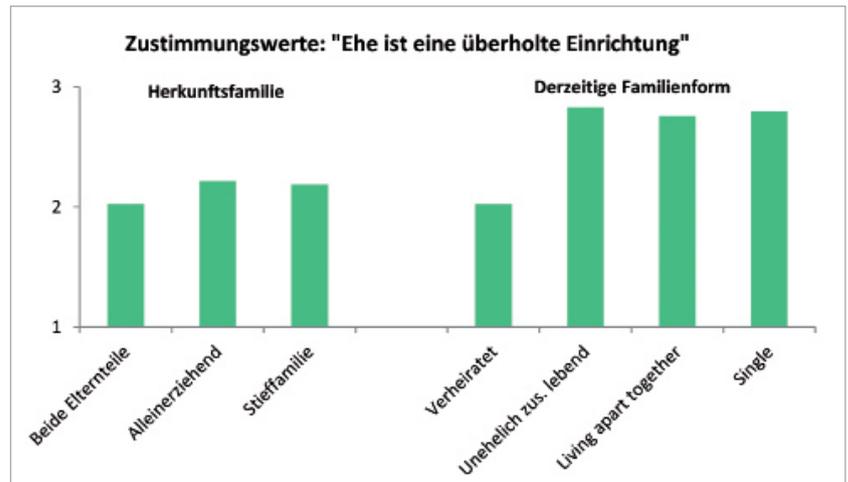


Abbildung 2: Zustimmung zu „Ehe ist eine überholte Einrichtung“ nach Form der Herkunftsfamilie und derzeitiger Familienform

Anmerkung: Die Balken zeigen Mittelwerte (Skala von 1 = „stimme gar nicht zu“ bis 5 = „stimme sehr zu“) aus einem linearen Regressionsmodell, in dem für Geschlecht, Alter, Bildung, Anzahl der Geschwister und Kinderzahl kontrolliert wurde.

### Die Autorinnen

Die Autorinnen sind Studentinnen im Masterstudium Soziologie an der Universität Wien.

### Kontakt:

caroline.berghammer@univie.ac.at

bernhard.riederer@univie.ac.at

## Generations and Gender Survey

Österreich partizipiert gemeinsam mit 16 anderen europäischen Ländern am „Generations and Gender Programme (GGP)“ der Vereinten Nationen. In diesem Rahmen wurde 2008/09 in Österreich der „Generations and Gender Survey“ (GGS) durchgeführt, eine Umfrage mit Fokus auf Eltern-Kind Beziehungen (Generationen) und Geschlechterbeziehungen (Gender). Der GGS ist als Längsschnittstudie mit aufeinander aufbauenden Erhebungswellen angelegt. Die zweite Welle wird derzeit – 2012/13 – realisiert. Da dieselben Personen mehrmals befragt werden, lassen sich erstmals für Österreich familienbezogene Entwicklungen in individuellen Lebensläufen abbilden, z. B. ob ein Kinderwunsch tatsächlich realisiert wird.

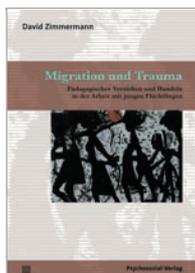


## Was vom Manne übrig blieb

### Das missachtete Geschlecht

Dies ist ein Buch über Männer, wie sie tatsächlich sind und auch darüber, wie sie sein könnten. Es beschreibt anhand von empirischen Untersuchungen und Erfahrungen die Gegenwart von Männern, ihre Eigenheiten, ihre Probleme, ihre Privilegien und Benachteiligungen, ihre Wünsche und Fantasien. Es skizziert darüber hinaus ihren Weg in die nahe Zukunft. Das Buch ist bewusst aus männlichem Erleben und Denken geschrieben worden, um zu verstehen und besser verstanden zu werden und um Neues zu ermöglichen.

**Literatur:** Hollstein, Walter (2012): Was vom Manne übrig blieb. Das missachtete Geschlecht. Stuttgart: Verlag opus magnum.  
ISBN 978-3-939322-57-3, [www.opus-magnum.de](http://www.opus-magnum.de)



## Migration und Trauma

### Pädagogisches Verstehen und Handeln in der Arbeit mit jungen Flüchtlingen

Das Leben zwangsmigrierter Jugendlicher ist durch extreme Belastungen gekennzeichnet, die von den erlebten Kriegserfahrungen bis zur gestörten familiären Interaktion im Exil reichen. Diese Erfahrungs- und Erlebenswelten der Jugendlichen werden anhand zahlreicher Fallbeispiele einer genauen Analyse unterzogen.

Es zeigt sich, dass der verantwortungsvolle Umgang mit der Traumatisierung dieser jungen Menschen für die pädagogische Arbeit eine besondere Herausforderung darstellt, für die bislang kaum Konzepte vorliegen. Indem der Autor auf die Erkenntnisse der Traumaforschung, insbesondere die Konzeption der sequenziellen Traumatisierung zurückgreift, entwickelt er einen innovativen, pädagogisch sinnvollen Verstehenszugang.

**Literatur:** Zimmermann, David (2012): Migration und Trauma. Pädagogisches Verstehen und Handeln in der Arbeit mit jungen Flüchtlingen. Gießen: Psychosozial-Verlag.  
ISBN 978-3-837-92180-9, [www.psychosozial-verlag.de](http://www.psychosozial-verlag.de)



## Zukunft. Werte. Europa

### Die europäische Wertestudie 1990 – 2010: Österreich im Vergleich

Die Europäische Wertestudie bietet einen Überblick über Langzeitentwicklungen der Wertelandschaften in Europa und Österreich und gibt Einblick in die vielfältigen und widersprüchlichen Prozesse des Wertewandels. Im Zentrum steht dabei der Vergleich Österreichs mit ausgewählten europäischen Ländern. Themen sind u.a. Einstellungen zu Familie, Arbeit, Politik und Religion, Werte im Kontext von Geschlechterverhältnissen, Metropolenentwicklung und Migration. Hintergrundanalysen betten die Entwicklungen theoretisch ein. Zukunftsprognosen und Handlungsoptionen inspirieren den öffentlichen Wertediskurs.

**Literatur:** Polak, Regina (Hg.) (2011): Zukunft. Werte. Europa. Die europäische Wertestudie 1990 - 2010: Österreich im Vergleich. Wien: Böhlau.  
ISBN 978-3-205-78732-7, [www.boehlau-verlag.com](http://www.boehlau-verlag.com)

## impressum

**Medieninhaber:** Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF) an der Universität Wien | 1010 Wien, Grillparzerstraße 7/9 | [www.oif.ac.at/impressum/](http://www.oif.ac.at/impressum/)

**Herausgeber:** Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal | **Redaktion:** Dr. Isabella Hranek, Ursula Hambrusch | **Kontakt:** [beziehungsweise@oif.ac.at](mailto:beziehungsweise@oif.ac.at)

**Fotos und Abbildungen:** Olaf Kapella (S. 1) | Council of Europe (S. 3) | Kinderrechteinstitut (S. 4) | Caroline Berghammer (S. 6, 7) | opus magnum, Psychosozial Verlag, Böhlau Verlag (S. 8)

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend über die Familie & Beruf Management GmbH sowie der Bundesländer Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg.

Grundlegende Richtung des Druckwerks nach § 25 (4) MedienG:

Diese Zeitschrift informiert über Publikationen, Projekte und Aktivitäten des ÖIF sowie über familienrelevante Themen und Studien auf nationaler und internationaler Ebene in unabhängiger, wissenschaftlicher und interdisziplinärer Form.

DVR: 0065528

Österreichische Post AG | Sponsoring: Post | Verlagspostamt: 1010 Wien

Zulassungsnr. 02Z0318205